

Mai 2006

Dicke Luft in Londonistan

Im Verhältnis zu seinen muslimischen Einwanderern ist Großbritanniens Multikulturalismus weitgehend gescheitert. Nur das linke Establishment will dies immer noch nicht wahrhaben.

Ernst Hillebrand

Vierzig Prozent der Moslems des Landes wünschen die Einführung der Scharia in gewissen Landesteilen. 32 Prozent sind der Meinung, Moslems sollten sich für die Beseitigung der „dekadenten und amoralischen“ westlichen Zivilisation engagieren. 20 Prozent hegen Verständnis für die Motive der U-Bahn-Attentäter vom 7. Juli 2005. Gleichzeitig glauben magere siebzehn Prozent der Nicht-Muslime, dass Moslems und Nicht-Moslems auf Dauer friedlich zusammen leben können. Und ein Viertel der Wähler kann sich vorstellen, für eine rechtsradikale Partei zu stimmen: Willkommen in Großbritannien und seiner, so das British Council, „richly diverse, open-minded, multi-cultural society“.

Während die offiziellen Stellen immer noch Siegesmeldungen funken, haben die Londoner Bombenanschläge mit aller Brutalität einen Sachverhalt deutlich gemacht, der für aufmerksame Beobachter auch davor kaum mehr zu übersehen gewesen war: Großbritanniens Multikulturalismus ist, zumindest was die Integration von Muslimen betrifft, weitgehend gescheitert. Das Land steht vor den Scherben einer Politik, die Integration nicht über die Adaptation an die Landeskultur, sondern über die pro-aktive und staatlich geförderte Proklamation und Affirmation der kulturellen und religiösen Andersartigkeit der Immigranten erreichen wollte. Selbst wenn

man vom inter-kulturellen GAU des islamistischen Terrorismus absieht, sind die Ergebnisse dieser Politik alles andere als überzeugend: Großbritannien, so Trevor Philips, der Vorsitzende der staatlichen *Commission for Racial Equality* vor wenigen Monaten, „entwickelt sich schleichend zu einer segregierten Gesellschaft“.

Armut und Bildungsversagen

Die Armuts-, Beschäftigungs- und Bildungszahlen für Zuwanderer aus islamischen Ländern zeigen, dass Großbritannien genauso wenig wie die kontinentaleuropäischen Länder eine Antwort auf die spezifischen ökonomischen und kulturellen Integrationsprobleme dieser Zuwanderergruppen gefunden hat. Die Arbeitslosigkeit der britischen Muslime ist mit 15% dreimal so hoch wie die von Christen oder Hindus, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese Gruppe auch die höchste Quote von Arbeitsunfähigen aufweist. Die reale Arbeitslosigkeit der Muslime dürfte also noch deutlich höher liegen.

Die mit Abstand größte Gruppe unter den britischen Muslimen stammt aus Bangladesh und Pakistan. Laut einer aktuellen Untersuchung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC sind 58% dieser Bevölkerungsgruppe statistisch gesehen arm. Andere ethnische

Minderheiten wie die britischen Inder weisen dagegen lediglich einen Armenanteil von 29% auf, die weiße britische Bevölkerung von 19%. 63% der Kinder aus der Bevölkerungsgruppe Bangladeshi/Pakistani sind arm - wiederum der mit Abstand höchste Anteil aller ethnischen Gruppen, eingeschlossen Einwanderer aus Afrika. Pakistani/Bangladeshi haben die niedrigste Beschäftigungsquote aller ethnischen Gruppen, und zwar sowohl bei Männern wie Frauen.¹

Im Gegensatz zu anderen Zuwanderergruppen ist auch nicht erkennbar, dass die Mehrheit der Moslem-Bevölkerung erfolgreich die Möglichkeiten des Bildungsaufstiegs in der relativ offenen britischen Leistungsgesellschaft voll zu nutzen vermag. „Die schulischen Leistungen von Schülern mit Pakistanischem oder Bangaldeshi-Immigrationshintergrund liegen erheblich unter dem nationalen Durchschnitt“ so der Labour-nahe think tank ippr in einer Ende 2005 erstellten Studie. „Damit liegen sie hinter allen anderen ethnischen Gruppen mit der Ausnahme der Traveller“. Dieses schlechte Abschneiden gilt auch für indische Muslims, die im Schulsystem schlechter abschneiden als andere indische Subgruppen wie Sikhs und Hindus.²

Im Vergleich sehen sogar deutsche Vergleichswerte gar nicht so schlecht aus: Laut dem Statistischen Bundesamts leben 53% der türkischstämmigen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (Bangladeshi/Pakistani in GB: 58%).³ Während die Arbeitslosigkeit der Muslime beim Dreifachen des britischen

¹ Dies spiegelt nicht zuletzt die extrem niedrige berufliche Qualifikation in dieser Bevölkerungsgruppe wieder. Der Anteil von Männern ohne Berufsqualifikation liegt bei Bangladeshi bei 37%, bei Pakistani bei 28,8% (Inder 14,7%; Chinesen 14,5%, weiße Briten 13,9%). Bei Frauen ist das Bild noch erschütternder: 46% der Bangladeshi- und 35,8% der Pakistani-Frauen verfügen über keine berufliche Qualifikation. Vgl. TUC, Poverty, exclusion and British people of Pakistani and Bangladeshi origin, London, 2006.

² Reed, Jodie, Young Muslims in the UK: Education and Integration – A briefing paper for the FES/ippr seminar, ippr 2005, S. 3. Ostasiaten und Inder liegen bei den Schulresultaten deutlich über dem Wert der weißen Mehrheitsbevölkerung; Bangladeshi und Pakistani dagegen deutlich darunter. Vgl. TUC, Poverty,...., S. 12.

³ Zahlen des Statistischen Bundesamts von 2003. <http://www.zft-online.de/deutsch.php>

Durchschnitts liegt, liegt sie bei den Türken in Deutschland nur knapp beim Doppelten des – allerdings sehr viel höheren - nationalen Durchschnitts. Dabei sollte der ökonomische Kontext nicht außer Acht gelassen werden: Großbritannien befindet sich in einer stabilen Wachstumsphase und hat de-facto einen Zustand der Vollbeschäftigung erreicht. Deutschlands Zahlen dagegen spiegeln die Realitäten eines Landes wider, das sich mitten in einer volkswirtschaftlichen Schwächephase und einer strukturellen Krise des Arbeitsmarktes befindet. Berücksichtigt man dies, fällt es noch schwerer, die britischen Zahlen als Ausdruck einer gelungenen Integration zu bewerten.

Innere Sicherheit und Terrorismus

Kein anderes Land Europas hat ein vergleichbares Problem mit islamischem Terrorismus. Die Bombenattentate vom 7. und 21. Juli letzten Jahres waren nur die Kumulationspunkte einer längeren Kette von terroristischen Akten und Bedrohungen. Die britischen Sicherheitskräfte wollen in den letzten Jahren mehrere Terrorversuche ähnlicher Natur verhindert haben. Die Regierung ist davon überzeugt, dass mit ähnlichen Anschlägen wie am 7. Juli 2005 – mit britischen Moslems als Täter – auch in Zukunft zu rechnen ist. Polizeiquellen gingen im Frühjahr 2006 davon aus, dass immer noch 500 aktionsbereite potentielle Terroristen in GB leben. In den Gefängnissen warten zurzeit 60 Terrorverdächtige auf ihre Verfahren.⁴ Und das Sympathisanten-Umfeld scheint enorm: 7 Prozent der Moslems Großbritanniens – das sind über 100.000 Menschen – halten laut Meinungsumfragen die *gewalttätige* Beseitigung der „dekadenten“ westlichen Gesellschaft für notwendig und gerechtfertigt.⁵

Die Erkenntnisse der Sicherheitskräfte zum islamistischen Terror in GB weisen denn auch weniger auf ausländische Terror-Organisationen hin. Die Fanatiker vom 7.7. sind nicht in Pakistan angeworben worden, sondern einheimische Gewächse: Britische Staatsbürger mit Immigrationshintergrund,

⁴ Daily Mirror vom 17.2.2006.

⁵ ICM Muslim poll, Februar 2006, <http://www.icmresearch.co.uk/reviews/2006/Sunday%20Telegraph%20-%20Mulims%20Feb/Muslim-Poll-Final.pdf>

ideologisiert und radikalisiert in Großbritanniens dichtem Gewebe radikaler islamischer Organisationen und Strukturen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten im Klima des liberalen Multikulturalismus unbehelligt entwickeln konnten. „Der Multikulturalismus“ schrieb der indischstämmige Intellektuelle Kenan Malik hierzu im liberalen Monatsmagazin *Prospect*, „hat den islamischen Radikalismus nicht kreiert, aber er hat ihm einen Raum innerhalb den moslemischen Gemeinden Großbritanniens geschaffen“.⁶

Britische Sicherheitsbehörden weigerten sich jahrelang, gegen diese Strukturen – von französischen und amerikanischen Sicherheitskräften als „Londonistan“ bezeichnet – vorzugehen. US-Sicherheitsexperten werfen der britischen Politik vor, die Bekämpfung der islamischen Terrorismus aus Rücksicht auf die britischen Moslem-Bevölkerung verschleppt und es zugelassen zu haben, dass Großbritannien zu einem zentralen Knotenpunkt in den Netzwerken des weltweiten islamischen Terrorismus wurde.⁷ Als im Herbst vergangenen Jahres endlich gegen einen der bekanntesten Hassprediger, Abu Hamza al-Masri, gerichtlich vorgegangen wurde, erklärte dieser vor Gericht, die Sicherheitsbehörden – unter anderem der Inlandsgeheimdienst MI5 - hätten ihm wiederholt erklärt, dass er – „dies ist ein freies Land“ – mit seiner Mordhetze ruhig weitermachen könne, „solange kein Blut auf der Straße fließt“.⁸

Als dann schließlich doch Blut auch in britischen Straßen floss – und nicht nur in denen anderer Länder wie etwa Israels, wo ein britischer Selbstmordattentäter bereits im Mai 2003 drei Menschen getötet hatte – sah sich die Regierung zu einer radikalen Kehrtwende gezwungen. Der Preis, den die britische Gesellschaft für die jahrelange Duldung einer Grauzone radikaler islamischer Organisationen zu zahlen hat, ist hoch: Die Regierung sah sich zu einer Vielzahl von Gesetzesinitiativen gezwungen, die Freiheitsrechte aller Bürger wie in kaum einem anderen Land Westeuropas einzuschränken drohten. Nicht alle davon wurden Gesetz: so scheiterten Pläne zur unbefristeten Festsetzung von Terrorverdächtigen an den Obersten Richtern des Landes, die darin

einen Verstoß gegen den Europäischen Menschenrechts-Kodex erkannten; dieselben *Law Lords* mussten bemüht werden, um die Verwendung von unter Folter erzwungenen Aussagen an britischen Gerichten zu verbieten; am 9. November 2005 schließlich scheiterte eine Gesetzesinitiative im Unterhaus, die eine 90-tägige Untersuchungshaft ohne Anklage-Erhebung – eine weltweit einzigartig lange Periode – vorsah.

Ein Staat entfremdet sich seiner Bürger

Private Eye, das größte Satiremagazin des Landes, bringt regelmäßig das „Dienstbuch“ einer fiktiven Londoner Polizeistation. Dieser *Police Log* der *Neasden Central Police Station* ist nicht zuletzt ein Ort der Verulkung einer auf die Spitze getriebenen *political correctness* staatlicher Behörden. Hier werden Anrufer, die erklären, gerade ermordet zu werden, aufgefordert, morgen wieder anzurufen, da ihre Ermordung keinen rassistischen oder homophoben Hintergrund und somit dringlichen Charakter hat. Rasche Reaktion erfordert dagegen ein Hinweis auf ein Buch mit dem provokativen Titel „Schwarz und Weiß“. Schon kurze Zeit später - drei unkooperative Buchhändlerinnen sind inzwischen tot - kann das Einsatzkommando das Werk - ein Schachlehrbuch - erfolgreich aus dem Verkehr ziehen

Satire funktioniert nur, solange die Wirklichkeit noch erkennbar bleibt. Tatsächlich kommt das reale Verhalten von Polizei und anderen Behörden den Karikaturen des *Private Eye* oft verblüffend nahe:

- Im Frühjahr 2006 erklärte der oberste Polizeichef des Landes, der Chef der Londoner *Metropolitan Police*, die britischen Medien für „rassistisch“, weil sie dem so genannten *Soham-murders* zuviel Platz eingeräumt hätten. Im Ort Soham waren 2002 zwei 10jährige Mädchen ermordet worden. Das Ausmaß der Berichterstattung missfiel dem Polizeichef, weil die Kinder die falsche Hautfarbe gehabt hatte: Sie waren weiß gewesen.

- Anfang April wurde ein 10-jähriger Junge in der Region Manchester von den lokalen Polizei- und Gerichtsbehörden der Justiz zugeführt; sein Verbrechen hatte darin bestanden, dass er bei einem Spielplatz-Streit einen Klassenkameraden als „Paki“ beschimpft hatte. Der Richter stellte den Fall

⁶ K. Malik, Born in Bradford, *Prospect*, 10/2005.

⁷ *Guardian* vom 12.7.2005.

⁸ *Times Online* vom 19.1.2006, <http://www.timesonline.co.uk/article/0,,2-2000138,00.html>

allerdings sofort ein; es handle sich hier um „*political correctness gone mad*“.

- Als die Familie eines vom Islam zum Christentum übergetretenen britischen Staatsbürgers pakistanischer Abstammung von ihren Nachbarn jahrelang mit Sachbeschädigungen und Morddrohungen terrorisiert wurde, gingen die Polizeibehörden keineswegs gegen die Verfolger vor. Vielmehr forderte die Polizei die Opfer auf, die Gegend zu verlassen.⁹

Beispiele wie diese lassen sich in den britischen Medien zu Dutzenden finden: Getrieben von einer Mischung aus, so der *Prospect*-Herausgeber David Goodhart, „imperialen Schuldgefühlen auf Seiten der Enkelkinder der Kolonialisten und dem schwärenden, unterschweligen Ressentiment einiger Enkel der Kolonisierten“¹⁰ bestimmt ein dogmatischer Multikulturalismus das Verhalten vieler Behörden. Als Opfer dieser Kultur fühlt sich nicht zuletzt die weiße britische Unterschicht, die im hohen Maße auf Sozialtransfers angewiesen ist, welche von den *local councils* verwaltet werden. In einer vor kurzem erschienenen, von den Medien des Landes weit gepriesenen Studie des sozialdemokratischen think tanks *Young Foundation* über den multiethnischen Alltag im Londoner East End¹¹ wird zum ersten Mal in empirisch solider Form dokumentiert, in welchem Ausmaß sich weiße Arme von den Behörden verfolgt und diskriminiert fühlen. In einer Vielzahl von Interviews weigerten sich die Interviewpartner, ihre Meinung über die Bangladeshi-Bevölkerung des Viertels zu artikulieren, da sie Angst vor Repressalien der Stadtverwaltung hatten. Kritische Gefühle gegenüber kulturellen Eigenheiten von Migranten zu artikulieren wird weitgehend tabuisiert und als „*islamophobia*“ oder „Rassismus“ stigmatisiert und sanktioniert.¹²

⁹ Times vom 5.2.2005.

¹⁰ David Goodhart im *Spectator* vom 24.9.2005.

¹¹ Geoff Dench/Kate Gavron/Michael Young, *The New East End – Kinship, Race and Conflict*, London 2006.

¹² Die feministische Journalistin und Schriftstellerin Julie Burchill spricht in diesem Zusammenhang von „sozialem Rassismus“: „Die weiße einheimische Unterschicht ist heute die einzige Gruppe die man beleidigen kann ohne den Atem der *Commission for Racial Equality* im Nacken zu spüren“. (Times 18.2.2005)

Kein friedliches Miteinander

Es ist mittlerweile relativ deutlich geworden, dass dieses Verhalten der Behörden möglicherweise genau das Gegenteil dessen erreicht, was es bewirken möchte: Ein friedliches Zusammenleben von alten und neuen Bevölkerungsgruppen. Viele Umfragen deuten auf eine wachsende Entfremdung zwischen Muslims und christlichen Briten hin; die Tendenz verschärft sich, je jünger vor allem die muslimischen Befragten sind. Die Statistiken schildern denn auch ein hohes Ausmaß an inter-ethnischer Gewalt: über 59.000 Straftaten mit rassistischem Hintergrund will die Polizei im Jahr 2004/2005 gezählt haben. Jedes Jahr erschüttern Morde oder Totschlagsvergehen mit rassistischen Hintergrund oder Beigeschmack die Öffentlichkeit; dabei sind die Opfer keineswegs nur Nicht-Weiße. In den letzten Jahren verstärkt sich nun ein neuer Typ von rassistischen Spannungen, der die perversen Folgen einer Politik, die auf die Stärkung von Gruppen- und Partikularidentitäten abzielt, besonders deutlich macht: Immer öfter kommt es zu Spannungen und Zusammenstößen zwischen verschiedenen ethnischen Minderheiten, wie etwa bei den zweitägigen Straßenschlachten zwischen Pakistani und Schwarzen in Birmingham im Oktober 2005, bei denen eine Person getötet wurde.

Politik und Religion

Eines der Wesensmerkmale des britischen Multikulturalismus war und ist die große Rolle, die religiösen Faktoren bei der Definition von Gruppenidentitäten zugeschrieben wurde. Sehr viel stärker als etwa in Deutschland oder Frankreich benützen die offiziellen Stellen die religiöse Determinante bei ihrer Kommunikation mit den verschiedenen islamischen Zuwanderergruppen. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Amartya Sen, der sein halbes Leben in Großbritannien verbrachte und von 1998-2004 dem Trinity College in Cambridge vorstand, sieht darin ein besonders problematisches Element der multikulturellen Praxis Großbritanniens. Die Aufklotzung einer religiösen Meta-Identität auf Menschen verschiedener Sprache, Kultur und Hautfarbe durch den britischen Multikulturalismus bezeichnet er als eine moderne Form der „Tyrannei“, die den an den Islam glaubenden Bewohnern des Lan-

des die Freiheit der Selbstbestimmung ihrer Identität innerhalb der britischen Gesellschaft verweigere. Diese Politik erinnere ihn an die britische Herrschaft in Indien, wo bereits einmal politisierte Religion als Herrschaftsinstrument gedient hatte – mit verheerenden Langzeitfolgen für den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt des Subkontinents.¹³

In der Tat ist interessant zu sehen, wie sehr gerade Labour-Administrationen auf lokaler und nationaler Ebene sich der Logik einer essentiell religiösen Definition der Identität von Immigrantengruppen unterworfen haben und diese mit ihrer Politik selbst verstärken. Labour hat sich von Anfang an stark auf traditionelle und religiöse Führer innerhalb der Zuwanderergemeinden gestützt und damit deren Rolle massiv gestärkt. „Der Multikulturalismus“ so Kenan Malik rückblickend auf die Entwicklungen der 80er Jahre, „unterminierte progressivere Tendenzen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft und stärkte den Einfluss der religiösen Führer“.¹⁴

Diese Politik hat zu paradoxen Allianzen geführt, wo sich prinzipiell sehr verschiedene Weltanschauungen in einer kaum mehr auflösbaren wechselseitigen Abhängigkeit befinden. Heute ist Labour in vielen Wahlkreisen in den Großstädten Englands strategisch auf die Wählerstimmen der muslimischen Zuwanderer angewiesen, welche sich im Rahmen der patriarchalisch-autoritären Sozial- und Familienstrukturen der islamischen Parallelgesellschaft auch relativ effizient mobilisieren lassen.¹⁵ Dieser Trend verstärkt sich in dem Maße, wie die traditionelle Arbeitklasse weiter schrumpft und wachsende Teile des verbleibenden Rests sich frustriert über die ideologischen Präferenzen der Partei von ihr abzuwenden drohen.

Ein weiterer Faktor, der die Neigung der Behörden, den Forderungen des politischen Islam entgegen zu kommen, in den letzten Jahren verstärkt hat, ist der Irak-Krieg. Die

¹³ „Identity Crisis“, Interview mit Amartya Sen im Guardian vom 18.2.2006

¹⁴ Kenan Malik, Born in Bradford, Prospect, October 2005, S. 56.

¹⁵ Muslime neigen laut Umfragen weit überdurchschnittlich zu Labour; die Liberal-Demokraten kommen an zweiter Stelle, die Konservativen abgeschlagen auf dem 3. Platz mit einem Stimmanteil deutlich unter 20%.

Blair-Regierung sucht verzweifelt nach symbolischen Gesten, mit denen sie die negativen Folgen dieses Krieges im Verhältnis zur Muslim-Bevölkerung kompensieren will. Eine Reihe von Initiativen sind dieser Tendenz zuzuordnen:

- So die im Frühjahr 2006 im Oberhaus gescheiterte Gesetzesinitiative, die die Verpötlung religiöser islamischer Symbole unter Strafe gestellt hätte;

- die Absicht Blairs, weitere private islamische Schulen zu fördern, obwohl diese von der Mehrheit der Bevölkerung (einschließlich der Immigranten) als integrationsfeindlich abgelehnt werden und im Hinblick auf akademische Leistungen und die Vermittlung von Elementarformen religiöser und weltanschaulicher Toleranz massive Defizite aufweisen;

- und schließlich die Passivität der Behörden gegenüber den Mord- und Verbrechensaufrufen während der Demonstrationen gegen die Mohammed-Karikaturen vor der dänischen Botschaft in London im Frühjahr dieses Jahres, bei der sich die Polizei erst nach einem Aufschrei der Empörung in der Öffentlichkeit zum Vorgehen gegen Mordaufrufe und gewaltverherrlichende Plakate entschließen konnte.¹⁶ Diese auffällige Passivität der Behörden wurde von einer großen Mehrheit der Briten als völlig unangemessen betrachtet: Laut einer Umfrage für die *Times* erklärten 80% der Befragten, dass die Behörden zu viel Toleranz gegenüber Moslems zeigen, die zu extremistischen Taten aufrufen.¹⁷

Die unerfüllbaren Versprechen des Multikulturalismus und die Frustration der vermeintlichen Opfer

Das zentrale Versprechen des britischen Multikulturalismus ist das der Gleichheit in

¹⁶ Die Briten konnten sich aus den nationalen Medien kein Bild von den Original-Karikaturen machen, da sie dort nicht veröffentlicht wurden. Die Gründe hierfür sind vielfältig; Angst vor einem Salman Rushdie-Schicksal dürfte bei Verlags-Verantwortlichen durchaus eine Rolle gespielt haben. Wichtiger aber waren wohl wirtschaftliche Überlegungen: die Zeitungen werden über tausende kleiner Zeitschriftenläden vertrieben, von denen viele von Moslems betrieben werden. Einen Boykott durch diese *newsagents* könnte auf Dauer keine Zeitung überleben. Eine Zensur findet statt, sie sieht aber anders aus.

¹⁷ *Times*, 12.2.2006. <http://www.timesonline.co.uk/article/0,,2087-2036533,00.html>

der Ungleichheit: Alle religiösen und kulturellen Gruppen und Gemeinschaften werden als gleichberechtigt und gleich zu behandelnd gewertet; Unterschiede sind nur in so fern zu machen, als sie dazu dienen, Unterprivilegierungen oder Diskriminierungen einzelner Gruppen zu beseitigen.

Dieses Versprechen der Gleichwertigkeit erweist sich zunehmend als problematischste Lebenslüge des Multikulturalismus. Es ist schlicht unrealistisch zu erwarten, dass sich in der Alltagskultur eines post-industriellen Landes mit 1500 Jahre alter christlicher Tradition, in dem 80% der Bevölkerung hedonistische Konsum-Junkies mit vage christlichem kulturellem Hintergrund sind, die Vorstellungen eines sich zunehmend anti-westlich und anti-modernistisch definierenden Islam auch nur ansatzweise als gleichrangig erweisen könnten. Im Wirkungsbereich der *political correctness* öffentlicher Einrichtungen mag dies – wenn auch um den Preis der wachsenden Entfremdung der Mehrheitsbevölkerung - noch ansatzweise erzwingbar sein. In der breiteren gesellschaftlichen und ökonomischen Wirklichkeit ist dies dagegen unvorstellbar. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit führt zur Frustration bei religiösen Muslimen, denen die ideologischen Apparate des Multikulturalismus und des politischen Islam beharrlich einreden, dass sie einen Anspruch auf etwas hätten, das die britische Gesellschaft schlicht nicht zu liefern bereit ist: Die mehr oder weniger bedingungslose Akzeptanz und Gleichbehandlung der kulturellen, sozialen und religiösen Normen und Traditionen der verschiedenen Immigrantengruppen.¹⁸

Eine wesentliche Folge dieses Prozesses ist die Verstärkung von Vorstellungen, Muslims seien in besonderem Maße Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt, Opfer einer weit verbreiteten und tief sitzenden „*islamophobia*“ der britischen Gesellschaft. Obwohl sich eine derartige spezielle Diskriminierung bei genauerer Betrachtung kaum nachweisen lässt, hat sich bei der muslimischen Bevölkerung Großbritanniens zunehmend die Vorstellung festgesetzt, sie sei Opfer syste-

matischer Verfolgung.¹⁹ Arbeitslosigkeit, Schulversagen und Armut sind dieser Logik zufolge nicht das Ergebnis von Qualifikations- und Integrationsdefiziten, sondern das Ergebnis von religiös-kultureller Diskriminierung durch die Briten. In diesem Verfolgungswahn werden sie nicht nur von den religiösen Fanatikern „Londonistans“ bestärkt, sondern auch vom breiteren Mainstream der islamischen religiösen Institutionen, Teilen der Politik und den linksliberalen Medien. Nicht zuletzt versucht die durch den Irakkrieg in der Muslim-Gemeinde diskreditierte Labour-Party dadurch wieder Terrain in dieser wichtigen Wählergruppe gut zu machen. Die perversen Folgen dieser Indoktrinierung zeigten sich nicht zuletzt im vergangenen Jahr: Immerhin 28% der Muslime erklärten, dass ein erheblicher Teil der Verantwortung für die Bombenanschläge vom 7. Juli im „rassistischen und islamphobischen Verhalten der Nicht-Moslems“ zu suchen sei.²⁰

Gleichzeitig dient das Totschlagargument der Islamophobie aber auch dazu, die moslemische Gemeinde gegen jede Kritik an ihren kulturellen und religiösen Vorstellungen zu immunisieren. Jegliche Kritik an Integrationsdefiziten, Frauenfeindlichkeit und religiösen Extremismus wird mit dem Argument der „*islamophobia*“ in die Nähe des Rassismus gerückt und tabuisiert. In diesem Sinne ist es nicht mehr überraschend, wenn ausgerechnet eine Ikone des links-liberalen Anti-Rassismus, die Guardian-Kolumnistin Polly Toynbee 2004 von der islamistischen pressure group *Islamic Human Rights Commission* zur „*Most Islamophobic Media Personality of the Year*“ gewählt wurde. Frau Toynbee ist nicht nur eine begeisterte Befürworterin von offenen Grenzen und einer multikulturellen Gesellschaft, sondern hat leider noch ein paar andere starke Überzeugungen, wie das Festhalten am säkularen Charakter der britischen Gesellschaft und der Gleichberechtigung von Frauen. Das hat gereicht.

Die Folgen dieser Politik, so Kenan Malik, schaden allen, Muslims und Nichtmuslims: „Zu behaupten, dass es Moslems noch nie

¹⁸ ICM-Umfrage vom Februar 2006. www.icmresearch.co.uk/reviews/2006/Sunday%20Telegraph%20-%20Muslims%20Feb/Muslim-Poll-Final.pdf.

¹⁹ Kenan Malik, *Islamophobia myth*, in Prospect, Februar 2005.

²⁰ Weitere 35% gaben diesen Faktoren „ein bisschen“ die Verantwortung. <http://image.guardian.co.uk/sysfiles/Politics/documents/2005/07/26/Muslim-Poll.pdf>

so schwer hatten, mag Führungsfiguren stärken und Politikern Stimmen bringen, tut aber dem Rest von uns, Moslem oder Nicht-Moslem, keinen Gefallen. Je mehr einfache Moslem dazu gebracht werden zu glauben, dass sie permanent angegriffen werden, desto ressentimentgeladener, introvertierter und empfänglicher für Extremismus werden sie werden.²¹

Fazit: Der doppelte Verrat des britischen Multikulturalismus

Die Praxis des britischen Multikulturalismus hat im Endeffekt keine integrierende, sondern eine segregierende Wirkung entfaltet. Alle Umfragen zeigen, dass junge Moslems dem Land, in dem die meisten von ihnen geboren wurden und die Schule besuchten, kaum positiver, oft sogar distanzierter gegenüberstehen als die ältere Generation von Immigranten. Ein „tribales Land, ohne moralisches oder politisches Zentrum“ sei, so Kenan Malik, im Ergebnis dieser Politik entstanden.²²

Amartya Sen geht in seiner Kritik weiter: Nicht eine multikulturelle Gesellschaft sei entstanden, sondern ein „pluraler Monokulturalismus“ in dessen Rahmen die Kulturen nicht positiv miteinander interagieren, sondern in den Festungen traditioneller kultureller und religiöser Identitäten verharren (oder in sie zurückverwiesen werden). Diese Überstülpung von vormodernen kulturellen und religiösen Gruppen-Identitäten über die einzelnen Menschen ist denn auch das, was Sen dem britischen Multikulturalismus am meisten vorwirft. Die individuellen Entfaltungs- und Emanzipationschancen, die die Einwanderung in westliche Gesellschaften gerade für Menschen aus autoritär-traditionellen Gesellschaften bietet, werden durch diese Politik zerstört. „Die beschränkten Horizonte dieses reduktionistischen Denkens haben direkte Auswirkungen auf die Lebensweise der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, mit besonders schwerwiegenden einschränkenden Effekten auf die Leben von Immigranten und ihren Familien. Und nicht nur das: Die Frage wie Bürger und Bewohner sich selbst sehen, kann auch das Leben anderer betreffen, wie die gewalttätigen

gen Ereignisse in Großbritannien im letzten Sommer zeigten.“²³

Der Zangenangriff der Islamisten und der Apparatschiks des Multikulturalismus bedroht somit mehr als nur die Aussicht auf eine echte Integration der Zuwanderer in die britische Mehrheitsgesellschaft. Er richtet sich zunehmend auch gegen Errungenschaften der westlichen Moderne selbst, wie Meinungs- und Pressefreiheit und das Primat des Staates über die Religion. Vor allem aber zerstört er die Chancen der jüngeren britischen Muslims, die Vorzüge des Lebens in einem der freiesten, reichsten und tolerantesten Länder der Erde wirklich genießen zu können: Ein Leben, in dem Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Weltbild auf ihre ganz individuelle Façon glücklich (oder auch unglücklich) werden können.

Auf der anderen Seite stellt das multikulturelle britische Experiment aber auch ein deutliches Beispiel für das dar, was René Cuperus als den multikulturellen „Crash-Kurs der europäischen Eliten“ bezeichnet hat – eine „klare und bedrohliche Abweichung“ der Politik von den Lebensrealitäten der großen Mehrheit der Bevölkerung mit fatalen Konsequenzen für den sozialen und politischen Zusammenhalt der Gesellschaften Westeuropas.²⁴ In Fokus-Gruppen-Interviews der Meinungsforschungsfirma Yougov signalisierten vor wenigen Wochen bis zu 80% der Befragten ihre Zustimmung zu einzelnen gesellschafts- und immigrationspolitischen Positionen der rechtsextremen *British National Party*.²⁵ Wenn in einer der stabilsten, liberalsten und ältesten Demokratien der Welt eine rechtsextrem-nationalistische Partei solche Zustimmungswerte erfährt, hat die Politik irgend etwas grundsätzlich falsch gemacht.

²¹ K. Malik, Islamophobia myth, in Prospect, Februar 2005.

²² Times, 16.5.2005.

²³ Amartya Sen, Chili and Liberty – the Uses and Abuses of Multiculturalism, in The New Republic, February 2006.

²⁴ René Cuperus, European Social Unease, in Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2006, S. 86.

²⁵ YouGov BNP survey, April 2006, http://www.yougov.com/archives/pdf/omi060101069_1.pdf